

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	5/2023
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	18.04.2023
Zeit:	19:00 Uhr – 23:10 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz <u>FW</u> Stadträtin Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert (später) <u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert und Oppelt Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher</u> Ortsvorsteher Erles
weiter anwesend:	
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Erles, Groesser und von Reumont,
Urkundspersonen:	Stadträte Hertel und La Licata
Sachvortrag:	Herr Cyriax (TOP 3) Frau Tormählen (TOP 4); Frau Watzelt (TOP 5); Frau Vollmer (TOP 6 und 7);
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr mit der Bürgerfragestunde.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann 2 Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils 3 Minuten Redezeit.

Herr Malik, ein Neckargemünder Bürger, wünscht sich für den Glasfaserausbau mehr Unterstützung durch die Stadt. Im Neckarboten Nr. 14 werde der Haushalt vorgestellt. Für einen Normalbürger weise dieser erhebliche Lücken auf. Er fragt, wo die Rücklagen für die Altstadtrevitalisierung und Investitionen dargestellt seien. Das Radhaus, das Feuerwehrhaus in Dilsberg und die Personalkostensteigerung würden das Ergebnis erheblich verschlechtern.

Der Bürgermeister erwidert, die Stadt unterstütze den Glasfaserausbau sehr und laut NetCom BW hätten diese noch nie so viel Unterstützung erhalten. Man sei nach drei Wochen mit 15% schon sehr weit. Insbesondere Frau Thiele müsse er loben, die die NetCom BW sehr unterstütze, und Stadträtin Linier komme gerade von einer Sprechstunde in Waldhilsbach. Es werde viel getan und sei noch ein langer Weg bis zu den 40%. Er sei grundsätzlich überzeugt, dass man die 40% erreiche. Zum Haushalt sagt er, dieser liege zur Einsichtnahme im Rathaus bereit und sei auch in den Gemeinderatssitzungen ausführlich vorgestellt worden. Rücklagen seien vorhanden und man habe in den letzten 6 Jahren die Schulden halbiert. Die Behauptung, man sei überschuldet, wäre Unsinn. Man habe Investitionen vorgesehen und die Rücklagen würden nicht angetastet. Dies bedürfe keiner weiteren Erläuterung.

Herr Malik meint, die Bürger wüssten es nicht.

Der Bürgermeister erklärt, er könne nicht jedem der 13.500 Bürgern einzeln den Haushalt erklären. Da müsse man sich auch hinsetzen und zuhören, wenn der Haushalt verhandelt werde. Es gehe ja auch niemand zu Olaf Scholz, um sich den Haushalt erklären zu lassen. Er liege aus und könne von allen eingesehen werden.

Herr Malik kritisiert, dass die Bürger nicht wüssten, dass das Feuerwehrhaus vier Millionen Euro koste.

Der Bürgermeister sagt, das wisse das Gremium nicht und Herr Malik auch nicht. Man weiß, was es vor 4 Jahren gekostet hätte. Man werde am Ende sehen, was es koste. Dies sei im privaten und auch im öffentlichen Bau so. Man verhandle aktuell mit dem Landratsamt.

Herr Malik hofft, dass man nicht die Situation wie bei den Sirenen habe, die mit 100.000 € eingepreist wurden seien und dann viel mehr gekostet hätten.

Der Bürgermeister korrigiert Herrn Malik, die Förderung betrage 100.000 €. Hier sei die Preissteigerung durch einen Fehler der Bundespolitik entstanden. Der kurze Förderzeitraum habe zur Preissteigerung geführt. Jetzt habe man den Zeitraum verlängert. Es sei nun so passiert und man brauche die Sirenen.

Weiterhin meint Herr Malik, das Ordnungsamt würde extra zu bestimmten Personen geschickt, um Strafzettel zu verteilen.

Der Bürgermeister stellt klar, er schicke das Ordnungsamt nirgends hin. Man dürfe hier nicht Täter und Opfer verwechseln. Opfer seine immer die schwächsten Teilnehmer, nämlich die Fußgänger, die dann auf die Straße ausweichen müssten. Man habe bisher keine Strafzettel zurückgenommen.

Herr Eisenhauer, ein Mückenlocher Bürger, trägt vor, seit 10 Jahren sei er ehemaliger Stadtrat und frage sich, warum die Kirchberghalle komplett geheizt werden müsse. Vor über einem Jahr habe man über Nahwärme gesprochen und sei sehr euphorisch gewesen, dass man dies zusammen mit Glasfaser verlegen könne. Die Planung zum Haager Feld liege im Dauerschlaf. Auf Nachfrage habe es vor sechs Monaten geheißen, man müsse Rücksprache mit dem Ortsvorsteher halten. In der letzten Ortschaftsratssitzung habe er nachgefragt und die Antwort erhalten, die Verwaltung sehe da nichts vor. Die Photovoltaikanlage werde auch nicht weiter geplant. Er möchte wissen, warum nicht darüber informiert werde und man sich sträube, etwas zu tun. Warum entstünden auf dem Rathaus und den Umkleiden des Freibades keine PV-Anlagen? Verschiedene Stadträte meinten wohl, was in der Kernstadt nicht gehe, sollten auch die Ortsteile nicht bekommen. Tausende Euro würden jedoch für Fahrradtempel und Radweg ausgegeben.

Der Bürgermeister verweist auf den Haushalt, in dem Mittel für die Fachplanung der PV-Anlagen eingestellt seien. Es sollen 1,5 Mio Euro für den Klimaschutz investiert und das Freibad autark werden. Es brauche für die Planung von Anlagen auf den Umkleiden und dem Stadion aber Fachplaner, ebenso für die Kirchberghalle. Man plane für die gesamte Stadt und gehe die kommunale Wärmeplanung an. Der Förderantrag laufe. Man brauche für Nahwärme zuerst Kunden, die dies nutzen wollen, um dann ein Netz aufzubauen. Das Rathausdach müsse erst saniert werden, bevor dort eine PV-Anlage installiert werden könne. Man könne in der Verwaltung nur ein gewisses Pensum arbeiten und irgendwann sei Schluss. Dieses Jahr stehe das Freibad im Fokus und solche Projekte brauchen entsprechend Zeit, da auch weitere Behörden involviert seien.

Zur Nachfrage nach der Nahwärme fordert der Bürgermeister ihn auf, ihm 40 bis 50 Eigentümer zu bringen, die mitmachen würden. Bei Arbeitskreis BEST Bioenergiestadtteil Weststadt wäre man kurz vor der Umsetzung gewesen, jedoch sei ein Kunde dann abgesprungen. Die Idee, Glasfaser und Fernwärme zusammen auszubauen sei naiv von ihm gewesen, da es so gar nicht gehe. Glasfaser würde in den Gehwegen verlegt und Fernwärme in der Straße. Unternehmen würden auch horrenden Preise für die Verlegung von Leerrohren fordern. Er verstehe, dass Bürger nicht nachvollziehen können, wenn die Straße zweimal hintereinander aufgerissen werde. An der kommunalen Wärmeplanung sei man dran. Da erhoffe man sich Hinweise, welche Maßnahmen wo Sinn machen.

Herr Eisenhauer findet, da bereits 16 bis 17 Monate seit dem Infoabend vergangen seien, müsse doch etwas unternommen, oder zumindest darüber informiert werden.

Der Bürgermeister entgegnet, man informiere in den Sitzungen, im Neckarboten, über die Homepage und es stehe auch in der Zeitung. Er könne nicht von Haus zu

Haus gehen und jede Person einzeln über alles informieren und Sachverhalte erklären. Das werde er in keiner Kommune erleben.

Herr Dr. Ding, ein Neckargemünder Bürger, erkundigt sich zu den Windrädern auf dem Lammerskopf. Die Situation sei so dargestellt worden, dass Forst BW Windradanlagen dort baue bzw. verpachte. Auf seine Nachfrage vor 3 Wochen habe der Bürgermeister geantwortet, man hänge Neckargemünd mit seinem Grundstück einfach dran, was Geld einbringen würde. Er hätte gewollt, dass der Bürgermeister in Tübingen auch etwaige Tabuzonen kläre, und fragt nun nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister erklärt, er werde aus einer nichtöffentlichen vertraulichen Sitzung nicht die Presse informieren, auch wenn sich die Stadt Heidelberg dazu äußere. Dieser Windpark würde Geld in die Kasse der Stadt spülen. Forst BW werde diese Fläche vermarkten. Die Frage sei, wer partizipiere daran. Es könne ein Großunternehmen sein oder die Stadt Heidelberg mit drei Energiegenossenschaften. Wenn ein Großunternehmen komme, sei es denen doch egal, wie es danach dort aussehe und wie die Bevölkerung betroffen sei. Der Stadt sei es nicht egal. Er vertrete Interessen der Stadt und des Gremiums und sei froh, dass man einen Fuß in der Tür habe. Lärmbelästigung, FFH-Gebiet, etc. seien alles Dinge, die geklärt werden müssen. Man könne sich in der Region nicht ausklammern, wenn man die Energiewende wolle. Es gehe ums Mitsprechen. Wenn die Stadt das nicht täte, dann würde Forst BW das alleine machen, aber ohne Rücksicht auf die Nachbarn oder die Natur. Im Übrigen gebe es keinen neuen Stand.

Herr Dr. Ding teilt mit, er habe es so verstanden, dass der Bürgermeister Erfolg gehabt hätte.

Der Bürgermeister erklärt, er habe noch keine Information. Es seien drei Wochen vergangen und er habe noch kein Nein bekommen. Forst BW habe klar gesagt, sie seien für ein Angebotsverfahren und man selbst wolle das Sonderverfahren.

Herr Ding spricht mögliche Tabuzonen an, um den Abstand von Windrädern zu Nistplätzen zu gewährleisten. Er fragt, ob man den Rotmilan angesprochen habe, der 3 km Abstand brauche.

Für den Bürgermeister ist dies eine Detailfrage, die die Naturschutzbehörde zu klären habe. Das große Revier des Rotmilan sei auch beim Feuerwehrhaus als Argument gebracht worden, dabei würde man ihm nicht einmal 0,1% wegnehmen. Er selbst sei kein Fachmann, was Naturschutz betreffe.

Die Bürgerfragestunde ist 19:30 zu Ende.

1.1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 3/2023 vom 07.03.2023**

1.2: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.3: **Beratung:**

1.4: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 4/2023 vom 28.03.2023**

2.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

2.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister sagt, es handle sich um Protokoll 4/2023 und nicht 3/2023.

Stadträtin Linier hat eine Korrektur zur Trauung im OGV-Garten, der für seine Leistungen bezahlt werde.

Stadträte Katzenstein und Rothe haben redaktionelle Korrekturen per E-Mail geschickt.

Stadträtin Striegel sagt zu Seite 12 dritte Zeile, ihr wäre es um das Alter der Kinder gegangen, für die Sorgerecht bestehe, und nicht um das Beispiel mit dem Zweijährigen.

2.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

3: **Projekt „Innenstadtberater“ in Neckargemünd**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister begrüßt Herrn Cyriax und möchte keine Grundsatzdiskussion an dieser Stelle, sondern es solle später Arbeitskreise geben, um das umzusetzen. Er sei der IHK und dem Land sehr dankbar für diese Förderung. Der Blick von außen sei toll, denn was für eine Person vor Ort positiv bewertet werde, bewerte eine andere negativ. So habe man einen objektiveren Blick auf Neckargemünd.

Herr Cyriax stellt den Bericht vor.

3.2: **Beratung:**

Stadträtin Welter kommt 19:40 Uhr zur Sitzung.

Stadtrat Katzenstein kommt 19:57 Uhr zur Sitzung.

Der Bürgermeister sagt, man habe bewiesen, dass man handlungsfähig sei. Der Weihnachtsmarkt am Fluss sei ein Alleinstellungsmerkmal, trotzdem fand er 2022 in der Altstadt statt. Das Altstadtparkhaus habe man direkt umbenannt und der Neubürgerempfang dieses Jahr werde beim Abendbummel enden. Neue Mitbürger sollen gleich die Altstadt erleben.

Frau Tormählen freue sich auf die Mitarbeit des Gemeinderates und aller Beteiligten. Man sei für alles offen.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass es sich um eine Kenntnisnahme handelt. Fragen könnten Herrn Cyriax gestellt werden.

Stadtrat Konrad bedankt sich für die Fraktion für die Analyse. Einen Blick von außen zu kommen sei immer hilfreich. Initial sei er superkritisch gewesen, weil viel zu eng gedacht. Seine Angst sei, in der Analyse zu verharren und sich nur noch mit dem Problem zu befassen. Diese Themen würden regelmäßig den Gemeinderat beschäftigen und ein Blick von außen sei gut.

Der Bürgermeister bittet um Ruhe.

Stadtrat Konrad nennt die Diskussion um das Menzer-Areal. Das Areal könne eine große Zugkraft entwickeln. Er fragt, wie groß die Verzerrung durch die Befragung am Samstag mit viel Menschen in der Stadt sei, im Vergleich zu weniger besuchten Tagen.

Herr Cyriax antwortet, man habe den Befragungstag auf den Wochenmarkt gelegt, um mehrere Themen abzudecken, auch wenn man diese Verzerrung habe. Die Frequenz sei in der Altstadt ein Riesenthema, was hier stärker auffalle als in anderen Städten. Man mache das auch aus taktischen Gründen.

Stadtrat Konrad sieht einen Widerspruch beim Parken in der Altstadt. Es gebe Gründe dafür und dagegen. Die Aufenthaltsqualität habe viel mit Parken zu tun. Es sei zu einfach zu sagen, mehr Parkplätze für Handel und Gewerbe zu schaffen.

Herr Cyriax bestätigt, dass dies ein Konflikt sei, da auch der Fußverkehrscheck eher sagt, der Verkehr müsse raus. Man müsse daher bewusst darauf achten, wo man punktuell den ein oder anderen Parkplatz schaffen könne, um zum Beispiel am Wochenmarkt kurz halten zu können. Dies sei in der Tat ein komplexes Thema und man habe da auch keine Lösung parat, die immer funktioniere. Auch müsse man das Abstellen von Fahrrädern ermöglichen, ohne die Gehwegbreite zu reduzieren.

Stadtrat Konrad führt aus, er lese in letzter Zeit viel von „Versuchen“ und eine Stadtplanerin sei im Fernsehen bei Lanz gewesen, die auch von Versuchen gesprochen, und autofreie Wochenenden erwähnt habe. Er fragt, womit begonnen werde solle.

Herr Cyriax antwortet, die Innenstadtberatung sei so angelegt, dass man Dinge ausprobiert. Man dürfe auch scheitern und feststellen, dass die Idee gut gewesen sei, aber nicht funktioniere. Beim Weihnachtsmarkt sei der Zuspruch groß gewesen, der Wochenmarkt dann aber nicht gut gewesen. Auch habe man die Stadt lange sperren müssen, was für die Anwohnerinnen und Anwohner problematisch sei. Man müsse schauen, wie man es besser machen könne. In Eberbach mit über 50 Leerständen

habe man die Idee, versuchsweise die Bahnhofstraße zu sperren. Diese müsse dann aber auch bespielt werden. Nur Verkehr wegnehmen reiche nicht.

Stadträtin Oppelt dankt für den Vortrag und fragt nach den besuchten Betrieben sowie den gestellten Fragen.

Herr Cyriax erklärt, man mache immer rund zehn Gespräche mit Händlern und Gastronomen. Auch die SRH sei dabei gewesen. Es solle ein großes Spektrum abgedeckt werden. Die Fragen würden drei Teile betreffen: wie es den Unternehmen gehe, wie sie sich vermarkten und die Aufenthaltsqualität bewerten und 3. wie die Zusammenarbeit mit der Stadt sei.

Stadträtin Oppelt meint, man brauche einen Magnet, um den man ringsum alles ansiedeln könne. Sie fragt, wie die Workshops gelaufen seien.

Herr Cyriax antwortet, bei den Workshops seien immer ca. 15 bis 20 Personen dabei gewesen.

Der Bürgermeister sagt, einen einzelnen zentralen Punkt habe man nicht.

Stadtrat Schmitz meint, es wäre viel zu sagen, wenn man die Geschichte betrachte. Man beschäftige sich nicht zum ersten Mal damit. Er sehe als Schlüsselfrage die Leerstände und deren Umnutzung. Aus Läden würde Wohnraum; nichts, was Frequenz bringe. Jede Lücke wirke abschreckend. Er sehe, dass sich Herr Cyriax Gedanken gemacht habe. Er wolle nicht im einzelnen Objekt etwas ausprobieren, sondern die Entwicklung deutlich sichtbar umkehren. Dafür brauche es finanzielle Mittel und Manpower, um mit Konzept zu überzeugen. So ein Konzept müsse sehr genau diskutiert werden und einen bestimmten Stellenwert haben. Dazu wolle er die Einschätzung von Herrn Cyriax.

Herr Cyriax hält eine strategische Herangehensweise auf Immobilienseite für richtig. Es gebe auch ein Förderprogramm, das inhaltlich in die Richtung gehe. Das Programm fördere auch Flächen-Manager. Bei der Priorisierung sollte dies berücksichtigt werden.

Stadtrat Schmitz spricht sich dagegen aus, weitere Geschäftsräume in Wohnräume umwandeln. In Eberbach habe man 50 und hier 20 Leerstände oder umgenutzte Geschäfte.

Der Bürgermeister kritisiert, dass der Leerstand immer so wunderbar zitiert werde. Man habe einen Teil Leerstand, der seit 15 oder 20 Jahren leer stehe. Eine Metzgerei stehe über 20 Jahre leer und der Eigentümer wolle offensichtlich nichts vermieten oder verpachten. Wenn er da nicht mitmache, gehe nichts. Man habe festgestellt, es funktioniere gut, schnell einen Nachfolger zu finden. Der strukturelle Leerstand oder die Fehlnutzung als Wohnung lasse sich schwer oder gar nicht beheben. Es gebe auch Objekte, die keine Frequenzbringer seien, wie Versicherungen und Fahrschulen. Andererseits sei ein dekoriertes Schaufenster immer noch besser als Leerstand.

Herr Cyriax bestätigt, dass es eine sensible Herangehensweise und Gespräch mit Eigentümern brauche, um Anreize zu schaffen, ein Objekt weiterzuentwickeln. Da müsse man langen Atem haben.

Stadtrat Dr. Rothe gibt eine allgemeine Stellungnahme ab. Die Fraktion sehe als Hauptpunkt die Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Man wolle eine bessere Aufenthaltsqualität. Es müsse alles auf den Tisch und ergebnisoffen diskutiert werden, auch, wie viele Busse wie oft durch die Altstadt fahren müssten.

Der Bürgermeister berichtet aus seiner Zeit als als zweiter Vorsitzender im Gewerbeverein; damals habe man eine Umfrage dazu gemacht. Das Ergebnis wäre wie folgt gewesen: 1/3 für „alle Busse raus“, 1/3 für „alle Busse wie bisher“ und 1/3 für „nur Linie 35“. Es gebe nicht nur schwarz oder weiß, man müsse ausprobieren und es einfach versuchen.

Stadtrat Hertel fragt nach dem Verkehr, wenn man den Fluss mehr erlebbar machen wolle. Es gebe nicht nur Touristen, sondern auch Anwohner in der Altstadt

Herr Cyriax bezeichnet Kurzzeitparken als wichtig für die Erreichbarkeit. Man müsse schauen, wo es gehe und richtig kommunizieren, wo man parken dürfe. Bei den Fahrradbügeln bestehe die Unsicherheit, ob es Trenner seien oder man sie benutzen dürfe.

Stadtrat Hertel sagt, ihn hätten die Zahlen beunruhigt, wer mit dem Auto komme. Busse würden hintereinander durchfahren, aber wenig genutzt. Er fragt sich, ob mehr Fahrradständer tatsächlich etwas bringen würden und man den ÖPNV attraktiver gestalten müsse.

Herr Cyriax sagt, bei Events solle man stärker auf ÖPNV hinweisen. Die Zielgruppe Radfahrer, insbesondere mit E-Bikes, nehme zu, denn auch diese seien zahlende Kunden.

Stadtrat Hertel berichtet, dass Einzelhändler und Gastronomen sich wenig mit der Digitalisierung beschäftigen würden und auch keine Zeit für Social Media hätten.

Herr Cyriax bestätigt, dass sich viele Händler schwer täten bei der Digitalisierung. Oft sei die Frage, wo man die Zeit für attraktive Inhalte hernehme. Man baue da gerade etwas für Einzelhändler auf, um zu unterstützen. Unternehmen sollten mit wenig Aufwand sichtbar werden.

Stadtrat Fritsch meint, man habe schlechte Karten mit den Besitzern in der Altstadt. Hotel Kredell wurde ein Boardinghouse, Supermärkte würden die Stadt einkreisen. Man habe mit der historischen Altstadt besondere Verhältnisse. Flache Städte hätten da mehr Möglichkeiten.

Herr Cyriax sagt, man finde noch nicht das Angebot, dass man sich wünschen würde. Man weiche daher in andere Städte oder den Onlinehandel aus. Märkte und

Veranstaltungen seien positiv bewertet wurden. Die Altstadt müsse attraktiver werden, damit man wieder hinwolle.

Stadtrat Hornung hat eine Frage zur Digitalisierung. Übersichten und Infos könnten auch von der Stadtverwaltung dargestellt werden. Er fragt, wie Herr Cyriax die Trennung von Stadt und Unternehmen sehe.

Herr Cyriax sagt, als Gast oder Bürger wolle man eine zentrale infoplattform, wo man alle Angebote aufrufen könne. Am besten solle alles gemeinsam präsentiert werden.

Der Bürgermeister berichtet, ein passendes Förderprogramm sei diese Woche gekommen und ende zum 2. Juli. Dieses Jahr reiche die Zeit nicht, aber da das Programm jedes Jahr komme, werde man das für später vorbereiten und habe ja auch dafür eine entsprechende Personalstelle geschaffen. Nächstes Jahr solle dann das Konzept fertig sein.

Stadtrat Schmitz fragt nach dem vorher erwähnten Förderprogramm, wo es um Management gehe.

Herr Cyriax antwortet, das Programm fördere Manager mit 50%.

Der Bürgermeister kritisiert den Ablauf dieser Programme. Man müsse immer lange auf die Genehmigung warten. Kein Arbeitnehmer ließe das mit sich machen. Es müsste auch möglich sein, auf eigenes Risiko einzustellen.

Stadträtin Schlüchtermann bewertet den Durchgangsverkehr als zu viel. Jedoch wollen die Läden, dass es den gibt.

Herr Cyriax habe das Thema auch angesprochen. Würden Müllabfuhr oder Bus halten, wäre die Straße lahmgelegt. Man müsse da die Balance zwischen den verschiedenen Bedürfnissen finden.

Der Bürgermeister verspricht, das Projekt fortzuführen und dankt Frau Tormählen und Frau Holzer. Man sei gerade sehr mit der Villa Menzer und auch dem Fußverkehrscheck beschäftigt. Die IHK werde gerne als schnöde bezeichnet, doch dabei übersehe man welch guten Job sie mache. Man habe hier eine starke IHK und solle sie nutzen.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen des Projekts und stimmt der Fortführung (Priorisierung und Durchführung der Maßnahmen) zu.

4: **Anpassung der Wochenmarkt-Satzung mit Gebührenverzeichnis (Tischvorlage)**

4.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

4.2: Beratung:

Der Bürgermeister erklärt, man habe bisher nominell eine „Wochenmarkt-Ordnung“ die eigentlich eine Satzung darstellen solle. Frau Tormählen habe die Änderungen farblich dargestellt.

Frau Tormählen berichtet, Stadtrat Dr. Rothe habe als Chemiker auch ein paar Lebensmittelaspekte eingefügt und man habe die Gebühren bearbeitet. Bisher sei manches noch nicht schriftlich festgelegt gewesen. Auch wären nun die Begrifflichkeiten etwas stringenter gestaltet.

Stadtrat Rehberger merkt an, dass unter §2 ein „pro Markttag“ für die Kosten fehlen würde.

Stadtrat Schmitz würde den §8 Absatz 2 – Verbot für Infostände – streichen. In den Wahlzeiten würden Infostände der Parteien in der Altstadt stehen oder auch andere Infostände und man wolle da auch auf dem Marktgelände Material verteilen. Er meint, dies könne nicht durch die Marktordnung verboten werden.

Der Bürgermeister entgegnet, er sei froh, wenn der Wochenmarkt auch ein geschützter Raum bleibe. Als Besucher solle man sich dort ungestört aufhalten und beim Einkaufen nicht mit einem Flyer vor der Nase herumgewedelt bekommen. Sein Empfinden sei das genaue Gegenteil.

Stadtrat Schmitz teilt mit, er habe alles gesagt und verweist auf zwei verschiedene Aspekte, da nicht nur Polit-Propaganda verteilt werde.

Stadtrat Fritsch betont die Wichtigkeit des Wochenmarktes für die Altstadtbürger. Man könne froh sein, wenn noch Beschicker kommen. Die Satzung müsse gemacht werden und Leute müssten die Möglichkeit haben zu kommen.

Der Bürgermeister verweist auf die angebotenen Schnupperwochen.

Stadtrat Hertel teilt mit, dass die Fraktion der Satzung zustimme, wie in der Beschlussvorlage.

Frau Tormählen verweist noch auf den zusätzlichen Erlass der Gebühren im 3. Quartal. Man sei sich der schwierigen Situation der Beschicker bewusst und wolle unterstützen.

Der Bürgermeister erklärt, man brauche den Beschluss, um auf die Gebühren, wie es vorgeschlagen wird, verzichten zu können. Er stellt zuerst den Vorschlag von Stadtrat Schmitz – Streichung von §8 Absatz 2 Satz 2 – zur Abstimmung.

Dieser wird mehrheitlich mit 3 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Der Bürgermeister stellt nun den Satzungsvorschlag zu Abstimmung mit der Ergänzung „pro Markttag“.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Neufassung der Wochenmarktsatzung samt neuer Anlage (Wochenmarktgebühren) in der vorgelegten Form. Die Satzung soll zum 1. Mai 2023 in Kraft treten, zugleich treten die Wochenmarkt“ordnung“ vom 17.11.2009 sowie die Wochenmarkt-Gebührensatzung vom 31.05.2005 außer Kraft. Zugleich beschließt der Gemeinderat, die Marktgebühren im Grundsatz nicht zu erhöhen sowie den Marktbeschickern die Marktgebühren für das 3. Quartal 2023 zu erlassen und für neue Standbetreiber ein gebührenfreies „Schnupperquartal“ anzubieten.

5: **Förderrichtlinie Balkon-PV-Anlage (Balkonkraftwerk)**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

5.2: **Beratung:**

Frau Watzelt schlägt vor, die einzelnen Punkte gemeinsam durchzugehen.

Punkt 3

Stadtrat Rehberger berichtet, man habe am Vorabend in der Fraktionssitzung das Problem der Stecker diskutiert und sei der Meinung, es solle so einfach wie möglich sein. Daher plädiere er für den Schukostecker. Zweitens sollte die Förderung auf entspiegelte Anlagen beschränkt werden, da man nicht überall diese Reflexionen wolle. Weiterhin wolle man in der Fraktion erst ab einer Gesamtleistung von 600 Watt fördern.

Stadtrat Schmitz merkt an, dass dann mindestens und höchstens identisch wären.

Stadtrat Rehberger meint, es könne ja auf 800 Watt erhöht werden.

Der Bürgermeister würde nicht genau 600 vorschlagen, sondern mindestens 550, damit man einen gewissen Spielraum habe, wenn es nicht genau 600 Watt wären.

Standrätin Welter sagt, 600 Watt gehe nur bei zwei Paneelen. Wer nur Platz für eins habe, werde dann benachteiligt. Wenn man das für Leute wolle, die sich das nicht so leisten können und den Platz dafür nicht haben, dann finde sie das nicht gut.

Stadtrat La Licata sagt, er hätte keinen Platz für 2 Module.

Stadtrat Fritsch meint, das Steckerproblem könne man mit Adaptern lösen.

Stadtrat Katzenstein fragt nach den Gründen für eine Mindestleistung.

Stadtrat Rehberger meint eine 600-Watt-Anlage bekomme man bei Hornbach für etwa 600 € und eine 300-Watt-Anlage koste nur die Hälfte. Dafür bekomme man eine relativ hohe Förderung.

Stadtrat Schmitz sagt, er habe sich zur Entspiegelung informiert und könne bei den Beschreibungen der Anlagen keine entsprechenden Hinweise finden.

Laut Stadtrat Rehberger gibt es entspiegelte Paneele.

Stadträtin Dr. Welter fragt, ob auch bei Hornbach.

Der Bürgermeister erklärt, man habe schon drei Gesprächspunkte und würde sie zum Schluss einzeln abstimmen. Man schaffe es jetzt nicht, die Formulierung anzupassen.

Punkt 4

Stadtrat Hornung schlägt vor, mit der Fördersumme je nach Wattzahl runterzugehen. Stadträtin Dr. Welter fragt, was mit Modul gemeint sei, wenn es um die Leistung gehe.

Der Bürgermeister antwortet, die Gesamtleistung müsse dann 550 Watt betragen und nicht pro Modul.

Stadtrat Katzenstein meint, wenn man für 1 Modul 100 € bekomme und evtl. noch weiter runtergehe, sei dann der Verwaltungsaufwand viel zu hoch. Es solle sich insgesamt lohnen. Wenig Platz, wie bei Stadtrat La Licata, spreche gegen eine Mindestleistung.

Stadtrat Fritsch wünscht eine höhere Förderung im Bereich von 60 bis 75% der Kosten.

Der Bürgermeister erwidert, die meisten Förderungen lägen bei 15%. 75% Förderung sei höchst selten.

Stadtrat Bergsträsser erläutert, er habe zugestimmt, um das zu ermöglichen und dabei die 100 € gesehen, um einen Ausbau für alle zu fördern.

Der Bürgermeister sieht das nicht so unkritisch. Wer es sich wegen den 500 € Eigenanteil nicht leisten könne, den nütze die Förderung mit 100 € nicht. Man fördere aber den, der es sich ohnehin leisten könnte. Er sehe es als Anreiz, dass sich jemand Module hinbaut. Es werde nicht der große Wurf, sondern eher Symbolpolitik.

Stadtrat Hertel sagt, die meisten Anlagen würden als entspiegelt angegeben. Wenn man es nicht reinnehme, fördere man evtl. Dinge, die dann wieder abgehängt werden müssten. Bei amazon gebe es sicher noch welche, die den Nachbarn ins Schlafzimmer strahlen.

Punkt 6

Stadtrat Schmitz meint zu (1), es solle mindestens bis zur Installation gewartet werden, wenn man eine Anlage bereits bestellt habe.

Der Bürgermeister erklärt, die Anlage dürfe noch nicht angeschafft sein. Man müsse das rechtlich sauber gestalten, sonst bekomme man Anträge für bereits installierte Anlagen. Sein Vorschlag wäre, statt „bestellen“ solle nun „angeschafft“ da stehen.

Stadtrat Dr. Rothe sagt zu (2), früher habe es eine Umlage auf Quadratmeter oder Personen gegeben.

Stadtrat Rehberger bestätigt, pro Stromzähler dürfe nur eine Anlage angeschlossen werden.

Frau Watzelt erklärt, jeder Mieter habe eigenen Zähler.

Der Bürgermeister ergänzt, jeder Mieter sei doch darauf aus, dass man seinen Strom für sich hat, auch wenn man spare.

Laut Stadtrat Hertel geht es nur bei Untermietern von einzelnen Zimmern.

Ortsvorsteher Erles fragt, ob der teure 2-Richtungszähler eine gesetzliche Vorgabe sei.

Der Bürgermeister antwortet, neue Zähler seien mit Rücklaufsperrung. Man wolle sich mit der Vorgabe absichern.

Stadtrat Schmitz fragt, ob Absatz 5 auch für die Altstadt gelte.

Der Bürgermeister sagt, die Altstadtsatzung sei einzuhalten.

Stadtrat Schmitz meint, diese sei aber nur für Dächer.

Der Bürgermeister entgegnet, diese sage auch etwas zu Balkonen und Fassaden.

Stadtrat Schmitz sagt, man solle die Satzung ändern.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass dies der Gemeinderat bestimme und nicht Stadtrat Schmitz.

Punkt 7

Stadträtin Striegel fragt, ob die Erlaubnis vom Vermieter formlos oder mit Musterformular einzuholen sei.

Frau Watzelt antwortet, sie könne dafür ein Formular erstellen.

Der Bürgermeister schlägt vor, es im Antrag zu ergänzen.

Frau Watzelt weist auf einen Artikel in der RNZ zur Zustimmung der Eigentümergemeinschaft hin.

Stadträtin Welter fragt, ob Teile in die Satzung müssen, die schon von der Gesetzgebung abgedeckt würden.

Der Bürgermeister antwortet, Gesetze könnten sich ändern. Man halte sich an das, was man auch prüfen könne und wolle eine möglichst schlanke Erklärung, sowie auch später auf diese Förderrichtlinie verweisen können.

Stadtrat Katzenstein merkt an, dass an einer Stelle das Wörtchen „von“ fehle.

Punkt 8

Stadtrat Hornung fragt, was geschehe, wenn die Anlage nach einem Jahr abgebaut werde.

Der Bürgermeister sagt, die Förderung könne zurückgerufen werden. Man wolle damit sanften Druck ausüben, dass das Gerät auch hängen bleibt. Es werde keine „Balkonanlagenpolizei“ gegründet.

Frau Watzelt erklärt zum Schukostecker, mit den gesetzlichen normativen Anforderungen werde ein VDE-Stecker vorgeschrieben. Wenn etwas passiere und es sei nicht VDE-konform, dann wäre man ggf. nicht versichert.

Der Bürgermeister konkretisiert, dass es um den Schutz der Nutzer gehe.

Stadtrat Schendzielorz ergänzt, dass die VDE-Vorschriften Gesetze seien und auch Richter das so sehen würden.

Stadtrat Katzenstein meint, selbst der VDE rücke davon ab und im Ausschuss würde nur dieses Unternehmen sitzen.

Der Bürgermeister erklärt, wenn es eine VDE-Richtlinie gibt, dann sollte sie beachtet werden. Wenn sich die Norm ändere, dann wäre das so.

Stadträtin Dr. Welter sagt, wenn sich die Norm ändere, dann müsse man auch die Satzung anders machen und jeder könne machen, was er wolle.

Der Bürgermeister wiederholt, solange VDE an diesem Stecker festhalte, folge man dieser Vorgabe.

Stadtrat Katzenstein sieht hier die Eigentümer in der Verantwortung.

Stadtrat Dr. Rothe merkt an, wenn man VDE weglasse, stehe nur noch „gesetzlichen und normativen Anforderungen“ dort.

Der Bürgermeister spricht sich daher für eine Streichung aus.
Stadträte Schmitz und Katzenstein werfen ein: nur die Klammer streichen und nicht den Satz.

Der Bürgermeister stellt die Option entspiegelte Anlagen zur Abstimmung. Dem wird mehrheitlich bei 6 Nein-Stimmen zugestimmt.

Der Bürgermeister schlägt statt der 600 Watt eine Minderleistung von 550 Watt zur Abstimmung vor.

Stadtrat Katzenstein kritisiert, dass dann Leute mit kleinen Balkon raus seien.

Stadtrat Rehberger schlägt ab 300 Watt vor.

Frau Watzelt erklärt, alles über 600 Watt wäre kein Stecksystem mehr.

Der Bürgermeister fasst zusammen; man beziehe sich auf die gesetzlichen und normativen Vorgaben, schreibe mindestens 300 Watt und entspiegelte Anlagen vor.

Der Bürgermeister legt den Förderbeginn zum 1. Mai fest sowie die Veröffentlichung des Neckarboten am Donnerstag der folgenden Woche.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die Förderrichtlinien für Balkon-PV-Anlagen mit mindestens 300 Watt, die den gesetzlichen und normativen Vorgaben entsprechen müssen. Weiterhin beschließt der Gemeinderat mehrheitlich bei 6 Nein-Stimmen, dass die Förderung nur für entspiegelte Anlagen gilt.

Stadtrat La Licata gibt eine persönliche Erklärung ab: Er finde es heute ganz schlimm, wie fraktionsübergreifend sich nebenbei noch unterhalten wird. Dies sei „voll der Kindergarten“ und es gehe ihm richtig auf die Nerven.

6: **Sachstand Jugendbeteiligung (Mündlicher Vortrag)**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Stadtrat Katzenstein verlässt die Sitzung um 21:51 Uhr.

6.2: **Beratung:**

Stadträtin Schlüchtermann dankt Frau Vollmer für die Begleitung der Jugendlichen. Sie habe das richtig gut auf den Weg gebracht. Die Freizeitaktivitäten seien gut angelaufen, der Fraktion sei es auch wichtig, dass sich die Jugendlichen politisch einmischen können. Bei zwei Personen würde das schon klappen. Sie fragt nach der Perspektive und, ob es Kontakt zu anderen Jugendgemeinderäten gebe.

Frau Vollmer antwortet, das sei in den Startlöchern. Zwei Jugendliche haben Interesse am Gremium und möchten sich beteiligen. Dies soll im nächsten

Jugendforum besprochen und beschlossen werden. Vielen Jüngeren seien eher ihre aktuellen Projekte wichtig. Vom Dachverband bekomme sie E-Mails zu Verbänden, die sie bei Interesse auch weiterleite.

Der Bürgermeister entgegnet, zwei Jugendliche machen noch keinen Jugendgemeinderat. Wenn man ihnen die Tagesordnung zuschicke und sie sich äußern wollten, könne er sie als sachkundige Bürgerinnen ins Gremium einladen und einbeziehen. Dies sei aktuell zielführender als einen Jugendgemeinderat aufzustellen.

Stadträtin Streib sagt, die Fraktion finde die Jugendbeteiligung total erfreulich und dankt Frau Vollmer für ihre Arbeit. Das Jugendforum finde bald zum dritten Mal statt. Man finde es super, dass die Projektgruppen sich austauschen und die Projekte voranbringen. Als Psychotherapeutin für Kinder halte sie das Angebot der Jugendsprechstunde für sehr gut, denn viele Kinder und Jugendliche würden sich Erwachsenen gegenüber nicht so trauen. Sie bitte darum, den Raum Elsenz auch entsprechend auszuschildern. Auch den Instagram-Account, der mit weiteren Jugendbeteiligungen verbunden sei, finde sie dazu gut.

Stadtrat Hertel dankt im Namen der Fraktion für die Arbeit und hört gern, dass auch Großprojekte umgesetzt würden. Endlich könne man nach außen zeigen, dass was gemacht werde. Wie Stadträtin Schlüchtermann sei er auch dafür, den Jugendgemeinderat auf die Tagesordnung des Jugendforums zu setzen. Die Entscheidung solle man weiterhin bei den Jugendlichen lassen.

Frau Vollmer verweist auf die vielen sehr jungen Leute beim letzten Jugendforum. Man wolle dieses Jahr eher wieder ältere Jugendliche ansprechen.

Stadträtin Dr. Welter liegt die Jugendbeteiligung sehr am Herzen. Die Idee, dass die zwei Jugendlichen Rederecht bekommen, findet sie gut und schlägt eine Wahl beim nächsten Jugendforum vor, damit sie die nötige Legimitation hätten.

Der Bürgermeister erklärt, im Gremium habe man eine große Bandbreite und in jeder Fraktion gebe es einen Sprecher zu den einzelnen Themen. Wenn man aus dem Jugendforum nun ein oder zwei Personen wähle, müssten diese alle Themen abdecken. Sie sollten eher bei ihren Neigungen bleiben und könnten sich trotzdem ihre Legimitation im Jugendforum holen.

Frau Vollmer meint, es sei schwierig, das im Vorfeld zu planen. Das erste und zweite Forum seien von der Art der Kinder und Jugendlichen grundverschieden gewesen. Die Idee der Wahl sei nicht schlecht, doch die Hälfte werde nur wegen einem speziellen Interesse da sein, manche hätten auch zu genau dem Termin keine Zeit. Sie werde intern klären, wie es mit einer Wahl aussehen könne.

Der Bürgermeister erklärt, sachkundige Einwohner könne er grds. immer einladen. Stadtrat Fritsch sagt, Frau Vollmer habe es sehr gut übergebracht, was sich Jugendliche vorstellen. Dies solle vom Gremium unterstützt werden. Zur Skaterbahn möchte er unterstützen, dass man auch die Zeitspanne offen gegenüber den

Jugendlichen anspreche. Es müsse klar sein, was machbar sei und man sich leisten könne.

Stadtrat Bernauer würde zum Punkt von Stadträtin Dr. Welter ausreichen, wenn eine Sprecherin oder ein Sprecher das Projekt bzw. Thema vorstelle. Bei speziellen Themen sei so sicher mehr Herzblut dahinter.

Stadträtin Striegel fragt, ob die angeschriebenen Jugendlichen nicht unterstützt werden könnten, indem man sie abholt, damit sie nicht auf ihre Eltern angewiesen seien.

Frau Vollmer meint, dies sei schwierig, da man alle Ortsteile anschreibe. Nicht alle könnten mit einem Bus abgeholt werden und auch Taxis für einzelne Kinder wäre sehr aufwendig. Sie könne jedoch im Anschreiben Fahrgemeinschaften vorschlagen.

Der Bürgermeister verweist auf den gut ausgebauten ÖPNV.

Laut Stadträtin Linier hätten alle Jugendliche aus den Ortsteilen ein MAXX-Ticket und wären auch so ziemlich gut mobil. Sie habe um eine Aufschlüsselung wegen der Beteiligung aus den Ortsteilen gebeten, damit sie mehr Werbung dafür machen könne.

Stadträtin Dr. Welter verlässt gegen 22:12 Uhr die Sitzung.

Stadträte Scholl und Schendzielorz verlassen die Sitzung: 22:14 Uhr.

6.3: **Beschluss:**

Ein Beschluss des Gemeinderates ist nicht notwendig. Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

7: **Durchführung des Bohrer- und Katharinenmarktes 2023**
– Entscheidung über Bohrermarktskonzept

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat Bergsträsser fragt, warum der Autoscooter nicht auf den Lohplatz kommt.

Frau Vollmer antwortet, unter der Friedensbrücke befinde sich das Hauptgeschäft für die Abendzeit. Da hielten sich größtenteils die unter 25-Jährigen auf. Der Lohplatz sei mit Glühwein- und Bratwurstangebot etwas gediegener. Er habe mal woanders gestanden, doch das sei ein großer baulicher Aufwand für den Bauhof gewesen. Der Schausteller würde es auch nicht mitmachen.

Der Bürgermeister ergänzt, der Autoscooter würde den ganzen Lohplatz füllen und man habe da noch Anwohner.

Stadtrat Bergsträsser meint, wenn man anbiete, dass er den besten Platz behält, dann müsste man darauf bestehen, dass er auch bei den Ortsteilkerwen mitmache.

Der Bürgermeister entgegnet, man verhandle ja mit denen und habe beim Bohrermarkt den Vorteil, dass man terminlich außerhalb der Saison sei. Die Schausteller seien nach Corona dünn gesät. Da würde er nicht solche Voraussetzungen nennen und wäre vorsichtig, Forderungen zu stellen. Man werde den Wunsch ansprechen.

Frau Vollmer erklärt, zu den Verträgen gebe es auch die Liste mit den weiteren Kerwen mit der Bitte zu prüfen, ob man daran teilnehmen könne und sich dann dort zu melden.

Stadtrat Bernauer fragt, ob man nicht bei der Variante mit der Wiese, wenn da keine Schausteller drüberfahren sollen, das Zelt dort aufbauen könne.

Frau Vollmer antwortet, der Rasen gehe kaputt.

Der Bürgermeister gibt auch zu bedenken, dass da Bäume stehen.

Stadtrat Hertel findet den Vorschlag gut. Mit der Schallentwicklung sei das richtig so. Früher habe das Zelt ganz weit hinten gestanden. Der Punkt für die Pavillons sei gut gewählt.

Frau Vollmer erklärt, der Plan sei, bei gutem Wetter noch Stehtische zu stellen.

Stadtrat Schmitz fragt, zu den zusätzlichen Ständen im ersten Entwurf, ob es die Erwartung gab, dazu Betreiber zu finden. Wenn ja, solle man die Chance ergreifen und den Bohrermarkt vergrößern. Außerdem wolle er wissen, ob man das mit dem zweiten Entwurf, in dem es diesen Platz nicht mehr gebe, kombinieren könne. Der Platz, wo bisher das Festzelt gestanden habe, sei tragfähiger und man verschenke mit einem Biergarten diesen Platz. Er sehe auch, dass eine Bühne unter der Brücke den ein oder anderen auf die Palme bringen könne. Aber es sei ein geringer baulicher Aufwand und ein gewisser Schutz, auch wenn die Lage neben dem Autoscooter problematisch sei, da man sich gegenseitig störe. Vielleicht sei es denkbar, dass das Geschäft auf der Fläche stehe.

Frau Vollmer antwortet, man habe mit einem Betreiber geprüft, ob man Fahrgeschäfte auf die Wiese stellen könnte. Im schlimmsten Fall führe das bei den Fahrgeschäften sogar zu einem Schaden, was die Stadt nicht bezahlen könne. Es sei auch fraglich, ob man alle Plätze vergeben könne. Sie brauche heute eine Entscheidung, um weiter planen zu können.

Der Bürgermeister bestätigt, dass man den Beschluss brauche. Eventuell könne noch der Neckarlauer einbezogen werden.

Stadtrat Rehberger sagt, der Fraktion gefalle das Konzept und man könne damit gut leben. Die Festzeltkultur habe sich überlebt. Natürlich wäre eine Fete für Jugendliche toll oder der Seniorennachmittag im Zelt, jedoch stehe dieses die meiste Zeit leer. Man spare auch sehr viel dabei. Bei vielen Bewerbern könne der Markt auch noch den Neckarlauer nutzen.

Stadtrat Fritsch meint, der traditionsreiche Markt sei ein Muss. Der Autoscooter habe die meiste Masse an Baumaterial und der Neckarlauer gehe da nicht. Der vorgesehene Platz sei dafür bestens geeignet. Frau Vollmer habe das sehr gut gemacht.

Stadtrat Konrad findet das Konzept gut und möchte sich anschließen. Er fragt, ob man heute über die „rote Linie“ entscheiden müsse.

Frau Vollmer bejaht dies. Der Campingplatz habe nicht final nein gesagt, möchte es aber nicht.

Stadtrat Konrad schlägt vor, die Buden auf einen Untersatz auf die Wiese zu stellen und Wege für die Leute zu machen.

Frau Vollmer erwidert, die Wiese sei wirklich ein gutes Stück hoch. Entweder seien die Stände dann zu hoch oder zu niedrig.

Der Bürgermeister ergänzt, Schausteller kämen mit Wohnwagen, wo sie übernachten. Dafür bräuchte es auch Platz. Es gehe um ein Konzept ohne Zelt, aber mit Programm.

Stadtrat La Licata findet das Konzept für die Gegebenheiten gut. In der Sachdarstellung habe gestanden, dass der letzte Markt eher positiv bewertet worden sei, aber Sitzmöglichkeiten gefehlt hätten. Er habe in seiner Altersgruppe eher mitbekommen, dass das Zelt fehle. Er wäre für eine Variante wie vor Corona, könne aber die Gründe verstehen.

Stadtrat Bernauer sagt, man stimme dem Vorschlag zu, mit der Bitte, den Biergarten witterungsgeschützt aufzubauen. Wäre für eine Lösung mit kleinem Zelt oder überdachtetem Biergarten, falls der Seniorennachmittag nicht im Martin-Luther-Haus umgesetzt werden könne.

Frau Vollmer weist auf einen Fehler in der Vorlage hin. Der Kindernachmittag sei am Dienstag und nicht am Sonntag.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung, dem Vorschlag der Verwaltung, den Bohrer- und Katharinenmarkt ohne

Festzelt stattfinden zu lassen, stattzugeben. Das Gelände des Bohrer- und Katharinenmarktes soll nach Möglichkeit in Richtung Campingplatz erweitert werden. Dort wird eine Art „Biergarten“ mit einer Open-Air Bühne geschaffen.

8: **Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 – Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

8.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister und Herr Schmied weisen darauf hin, dass man nicht über den finalen Einsatz der Schöffinnen und Schöffen bestimme.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die vorliegende Vorschlagsliste zur Einreichung an den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Heidelberg.

9: **Satzung über Verkaufsoffene Sonntage 2023**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 – Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

9.2: **Beratung:**

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Satzung über die verkaufsoffenen Sonntage 2023 wie in der Vorlage.

10: **Friedhof Dilsbergerhof (privater Teil)**

11: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

11.1: **Beratung:**

Ortsvorsteher Erles erläutert kurz den Sachstand, da das Thema schon seit 2008 bestehe. Damals habe der Ortschaftsrat die Schenkung schon abgelehnt. 2018 habe die Kirche Geld verlangt und die Nichtüberweisung als Unterschlagung von kirchlichen Geldern bezeichnet. Im Oktober 2022 habe es erneut vom aktuellen Kirchenverantwortlichen die Androhung gegeben, den Friedhof sofort zu schließen und Kabel zur Kirche zu zerhacken. Die Geschichte mit dem Grundstückstausch komme nicht von ihm, hätte aber von ihm sein können. Er habe andere Zahlen

genannt bekommen, sonst passe eigentlich alles. Die Verwaltung habe 35 € pro Mitarbeiter angenommen, er habe dann etwas weniger. Der Ortschaftsrat habe die Schenkung einstimmig abgelehnt.

Stadtrat Schimpf sieht darin ein Beispiel, wie man sich selbst ins Bein schießen könne. Zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages glaube er nicht, dass Bargeld akzeptiert werde. Die Kirchenverwaltung müsse eine Lösung finden. Er sei kein agnostischer Kirchenlästerer, aber das Gebaren erinnere ihn an Umgangsformen, die eine moderne Kirche nicht mehr haben sollte.

Der Bürgermeister sagt, der aktuelle Pfarrer habe ihm die Situation anders geschildert.

Stadtrat Schmitz stellt fest, zum Thema sei alles gesagt. Die Fraktion stimme dem zu und finde den Vorschlag sehr gut, das in Naturalien zu machen. Im Hauptausschuss müsse besprochen werden, welches Grundstück man nehme.

Der Bürgermeister erklärt, man werde das so der Kirche präsentieren. Wenn diese bereit sei, sich Punkt 3 zu nähern, erstelle man eine Liste mit Grundstücken und gebe sie ins Gremium.

Stadtrat Bernauer sagt, die CDU gehe bei dem Beschluss so mit. Man habe bereits ein ähnliches Geschenk oberhalb des Tunnels glücklicherweise abgelehnt. Wer so ein Verhalten an den Tag lege, brauche sich nicht über weniger Leute in den Kirchen nicht wundern.

Stadtrat Rehberger wundert sich, warum die Kirche sich so verhält und findet es sehr schade, den Dilsbergern so vor den Kopf zu stoßen.

Stadtrat Fritsch hält den Beschluss für gut und möchte der Kirche mitgeben, dass sie neuzeitlich mit dem Gremium zusammenarbeiten solle.

Stadtrat La Licata schließt sich Stadtrat Bernauer an. Er wisse jedoch nicht, ob dies schlimmer für ihn selbst oder die CDU sei.

11.2: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Schenkung des Friedhofs abzulehnen.
2. Der Gemeinderat ist bereit, den auf Grundstück Flurstück 4284 gelegenen Friedhof, ohne die Kapelle, zu übernehmen, sofern die Katholische Kirche den Aufwand für die Pflege für die Dauer von 30 Jahren übernimmt, und beziffert den Ausgleichsbetrag auf 109.055,42 EUR.
3. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass anstelle des Geldbetrages auch eine Übertragung von Grundstücken von der katholischen Kirche auf die Stadt Neckargemünd erfolgen kann.

Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, eine Grundstücksliste vorzulegen. Als Gegenwert pro m²-Grundfläche wird der aktuelle Bodenrichtwert bestimmt.

12: **Haushalt 2023 – Bestätigung der Gesetzmäßigkeit**

12.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 - Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

12.2: **Beratung:**

12.3: **Beschluss:**

Ein Beschluss des Gemeinderates ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit zur Kenntnis.

Stadtrat Bergsträsser gibt eine Stellungnahme zur Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 14. April 2023 ab:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bin enttäuscht und ich fühle mich hier als Gemeinderatsmitglied nicht mehr ernst genommen. Herr Bürgermeister, Sie haben einen Antrag der SPD Fraktion erhalten, das Thema „Radhaus am Rathaus“ auf die Tagesordnung, die öffentliche Tagesordnung, zu nehmen. Sie sind dem in der letzten und heutigen Sitzung nicht nachgekommen. Sie haben meine Wortmeldung in der letzten Sitzung dazu damit beendet: „Da hören wir nur Fensterreden.“

Wie viele Fensterreden hören wir im Verlauf eines Jahres zu Tagesordnungspunkten, die auf der Tagesordnung stehen? Es kommt mehrfach vor.

Beim Thema „Radhaus“, ich erinnere daran, es wurde nichtöffentlich behandelt, stand nicht auf der Tagesordnung, haben Sie, Herr Bürgermeister, aus einer Meinungsabfrage einen Beschluss gemacht. Unseres Erachtens haben die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ein Recht darauf zu erfahren, was in besagter nichtöffentlicher Sitzung gesprochen und diskutiert wurde. Gleichzeitig besteht bei der Behandlung im öffentlichen Teil der Sitzung die Möglichkeit, einen regelkonformen Beschluss durch eine öffentliche Abstimmung zu machen.

In Ihrem Wahlkampf zum Bürgermeisteramt stellten Sie die „Transparenz“ als wichtigen Punkt zur Veränderung an der Rathausspitze ganz oben an, um nicht zu sagen in den Mittelpunkt. Dies haben Sie anscheinend vergessen.

Wir von der SPD wollen nicht, dass die Rechtsaufsicht sich mit dem Thema „nichtöffentliche Behandlung“ befassen muss. Das habe ich schon in der letzten Gemeinderatssitzung ausgeführt.

Die SPD-Fraktion erwartet, als letzte Möglichkeit in der Mai-Sitzung das Thema auf der Tagesordnung zu sehen.

Sie wollen uns hoffentlich nicht nötigen, das Landratsamt von den genannten Vorgängen auf dienstlichem Weg zu informieren. Dieses Thema ist uns sehr ernst.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Joachim Bergsträsser

SPD Fraktion

Der Bürgermeister nimmt dies zur Kenntnis.

13: **Mitteilungen und Anfragen****Bürgerfragestunde**

Stadtrat La Licata hält es bei der Bürgerbeteiligung wegen dem Haushalt für schwierig, wenn Fragesteller in Leserbriefen oder der Fragestunde falsche Infos verbreiten. Er sei für eine Beteiligung, aber das destruktive Verhalten sei schlimm.

Der Bürgermeister sieht es genauso. Man stelle Fragen unter Verdrehung von Tatsachen und sei dann weg. Als das Gremium den Haushalt behandelt habe, wäre das genauso gewesen. Das habe nichts mehr mit Demokratie zu tun. Er könne es jedoch nicht vermeiden oder jemanden für die ganze Sitzung festbinden. Es sei auch respektlos gegenüber den ehrenamtlichen Mitgliedern des Gremiums, wenn man diesen das so vor die Füße knalle.

Stadträtin Linier fragt, ob man einfach rausgehen könne.

Laut Bürgermeister gehe dies während der Bürgerfragestunde.

Stadträtin Oppelt sagt, wer keinen Verstand habe, habe auch keinen Anstand.

Stadtrat Schmitz glaubt, dass liege daran, weil es immer über die Medien transportiert werde, als wäre da etwas dran. Es werde nicht unbedingt von der Bürgerschaft so verstanden. Man könne dieser Desinformationspolitik offensiv gegenüberreten.

Der Bürgermeister erinnert an eine Infoveranstaltung zum Haushalt mit drei anwesenden Bürgern. Man müsse auch der Einbringung und den Reden beiwohnen; auch die Pflicht und nicht nur die Kür.

Sachstand Rainbach

Stadtrat Fritsch fragt nach dem Sachstand

Der Bürgermeister antwortet, es gebe aktuell keinen Sachstand, man habe den Bauantrag abgelehnt und warte auf die Entscheidung des LRA.

Vereinsjubiläen in Dilsberg

Ortsvorsteher Erles weist auf das großes Jubiläumsfest statt am 1. Mai mit vier Vereinen hin. Er sei gebeten worden, darüber zu informieren. Die Vereine würden sich über zahlreichen Besuch von Stadträtinnen und Stadträten freuen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Hertel

Die Schriftführerin

Stadtrat La Licata